

PETER GLOTZ

EUROPA - TRANSFORMATIONSPROZESSE MIT OFFENEM AUSGANG

Thomas Mann, dem die erste Tschechoslowakische Republik das Bürgerrecht verliehen hatte, nachdem er von den Nazis verjagt worden war, publizierte Plädoyers für die europäische Idee. Der Band hieß: "Achtung Europa". Der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger hat diesen Titel ein halbes Jahrhundert später ironisch gebrochen. Schon 1987 rang er sich nur noch zu einem Seufzer "Ach, Europa" durch. Wie würde sein Titel heute, 1997 lauten, nachdem viele seiner hellstichtig resignativen Prognosen aus einem "Epilog aus dem Jahre 2006" geschrieben eben 1987, in Erfüllung gegangen sind? Thomas Mann löste eine utopischkonzeptionelle Europadebatte aus; Hans Magnus Enzensberger sechzig Jahre später eine utopieskeptisch-regionalistische. Was für eine Debatte führen wir heute hier in Erfurt? Wie durchbrechen wir den Zynismus, der über der Szene liegt? Denn einerseits treibt die Politik ein geschäftiges Spiel mit großen Begriffen: NATO-Osterweiterung, EU-Osterweiterung, EU-Regierungskonferenz. Andererseits aber werden die europäischen Bewegungen, jedenfalls im Westen, immer schwächer. Die populistischen Gegenkräfte, die Europa konterkarieren wollen, werden immer stärker. Wie wollen wir, als Vertreter der Lebensmacht Wissenschaft der Wahrheit verpflichtet und nicht der Taktik, auf diese Situation reagieren? Ich schlage vor: Nicht durch die Wiederholung der üblich gewordenen Formeln, mit denen wir uns beruhigen. Ich bitte deshalb um Verständnis, daß ich ein paar Fakten ungeschminkt anspreche, auch wenn nicht jeder sie gerne hören mag.

1.

Da muß ich zuerst darauf hinweisen, daß Europa derzeit in fahrlässiger Weise nur als politisch-ökonomischer Prozeß aufgefaßt wird. Am deutlichsten wird das in der verhängnisvollen Verkürzung von Staaten, Gesellschaften und Kulturen auf Standorte. Deutschland z. B. ist vollständig bestimmt von der Angst, gegenüber den Vereinigten Staaten, Japan den sogenannten "kleinen Tigern" in Südostasien - und in geringerem Ausmaß - auch gegenüber den neuen Konkurrenten aus Ost-Mitteuropa wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig zu sein. Das Problem dabei ist, daß der Wettbewerb zwischen diesen unterschiedlichen Volkswirtschaften als ein Wettbewerb von Sparquoten, Arbeitszeiten, Kapitalzinsen und staatlichen Subventionen begriffen wird. Deswegen wird über nichts anderes diskutiert als über die Senkung von Lohnnebenkosten, über die Verlängerung von Arbeitszeiten und über das, was mit einem Zauberwort eben die "Globalisierung" genannt wird.

Gegen diese vulgarisierte Standortdebatte setze ich die These, daß der Wettbewerb zwischen Europa und Amerika oder der Wettbewerb zwischen Europa und Japan oder der Wettbewerb zwischen Europa und Südostasien nicht primär ein Wettbewerb von Kennziffern ist. Es ist vielmehr ein Wettbewerb unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Eine zentrale Rolle spielt das Ethos der jeweiligen Kultur. Um es knapp zu sagen: Die Unterbewertung ethischer Wurzeln wirtschaftlichen Geschehens führt zu kruden Fehlinterpretationen unserer Erfolge oder Mißerfolge. Mehr als unsere kurzen Arbeitszeiten hindern uns im Westen Speziesentum, Mangel an ganzheitlicher Kompetenz oder eindimensionale Blickrichtung am Erfolg. Ich stimme Leo A. Nefiodow zu, der in einer wichtigen Studie über langfristige Wirtschaftszyklen kürzlich festgestellt hat: "In der Informationsgesellschaft scheint eine hohe Gruppenproduktivität bessere Ergebnisse hervorzubringen als Eigenproduktivität." Und ich konfrontiere diese Feststellung mit einer in Deutschland, aber auch in vielen anderen westeuropäischen Staaten verbreiteten Anzeige. Dort heißt es: "Einzelkämpfer/innen verfügen über eine hohe Intelligenz und ausgeprägte Belastbarkeit. Sie schaffen es, ihre Lebensziele ebenso zu packen und aktiv zu beherrschen wie die Leitung des ihnen übertragenen Verantwortungsbereichs. Leute, die sich nur um ihre persönlichen Belange sorgen, die in ständiger Angst um ihre Altersversorgung leben und mit mehr oder weniger schwerwiegenden Privatproblemen kämpfen, gehören heute nicht mehr in eine Chefetage. Prognosen besagen, daß die Rekrutierung solcher Einzelkämpfer/innen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das ganz große Problem in der Kader- und Personalarbeit sein wird." Europa, so ist meine Behauptung, wird im Wettbewerb mit anderen Kulturen nicht bestehen, wenn es sich vor allem um Löhne und Zinsen kümmert. Europa ist ein Kulturanpruch. Wenn wir nicht anfangen, das zu begreifen, wird aus all unseren hochfliegenden europäischen Träumen nichts werden. "Auseinandersetzung" ist notwendig mit unserer Tradition und unserer Identität, unseren griechischen, jüdischen und christlichen Wurzeln, dem Individualismus als Konsequenz von Renaissance und Reformation, der Selbstaufklärung der Aufklärung, den Individualisierungsschüben der zweiten Moderne. Nur auf diese Weise können wir dem "Clash of civilisations" entgehen, den uns Samuel Huntington prophezeit hat. Wir müssen das entscheidende

Problem identifizieren; es heißt "Kultur". Es betrifft also ein mehrschichtiges Bedingungsgefüge, das weit in die Geschichte zurückreicht. Die Debatte um Aktualitäten ist nicht ausreichend.

Von Jacob Burckhardt stammt der wunderbare Satz "Die Europäer opfern, wenn es sein muß, all ihre speziellen Literaturen und Kulturen gegen durchgehende Nachtzüge auf." Genau das passiert derzeit im Prozeß der europäischen Integration. Wir reden über Stahlquoten, Waffensysteme und Schuldenstandskriterien. Über das, was Europa ausmacht, reden wir aber nicht. Es könnte sein, daß Europa deshalb auch eine Schimäre bleibt, daß es nicht zusammen kommt.

2.

Nun werden Sie mir zu recht sagen, daß ökonomische Konkurrenzfähigkeit nicht durch Kultur ersetzt werden kann. Das sei doch eben die Globalisierung unserer Wirtschaft. Die meisten transnationalen Firmen in der Bundesrepublik Deutschland z. B. zahlen im Inland keine Steuern mehr; sie verbuchen ihre Gewinne dort, wo die Steuergesetze für sie am günstigsten sind. Sie verlagern ihre Produktion dorthin, wo die Löhne für eine vergleichbare Arbeitsqualität am niedrigsten sind. Und die hohen Gewinne werden zu einem beträchtlichen Teil eben nicht in Forschung, Bildung und neue Anlagen investiert, sondern für Geldgeschäfte und Devisenspekulationen. Täglich werden rund 1.400 Milliarden Dollar auf Devisenmärkten gewechselt. Nur ein relativ kleiner Prozentsatz der Transaktionen entsprechen der Abrechnung von Waren und Dienstleistungsumschlag. In dieser Situation, sagen unsere Neoliberalen, gäbe es eben gar keine andere Antwort als eine Kulturrevolution. Sie soll darin bestehen, daß Steuern - und wenn nicht die Löhne, so doch zumindestens die Lohnnebenkosten - radikal gesenkt werden. Nur so könne man konkurrenzfähig werden. Daß das in der Konsequenz bedeutet, daß der europäische Sozialstaat so nicht übrig bleiben kann, wie er heute existiert, ist sozusagen selbstverständlich.

Nun gibt es gegen diesen in Westeuropa derzeit vorherrschenden Diskurs wachsende Widerstände. Der amerikanische Ökonom Paul Krugman z. B. hat ein Aufsehen erregendes Buch unter dem Titel "Pop Internationalism" geschrieben, in dem er die exakten Daten der internationalen Handelsströme analysiert hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft in viel geringerem Maße als allgemein angenommen in Drittländer exportieren. Eines der Kapitel von Krugmans Buch hat den provozierenden Titel "Was 'Undergraduates' von internationalem Handel wissen sollten". Er unterstellt, daß die Verfechter von der These der Globalisierung davon so wenig wüßten wie eben Undergraduates. Der Export sei dazu da, um Importe zu finanzieren und große Märkte seien in viel geringerem Maße auf Importe angewiesen, als allgemein angenommen werde. Der Zwang zur Globalisierung werde aus höchst einsichtigen Gründen von den Interessenten gewaltig übertrieben.

Ein zweites Argument gegen die Globalisierungsthese wird von Leuten wie Georges Soros oder dem amerikanischen Ökonomen Lester Thurow vertreten. Sie fürchten, daß der große Knall im Weltfinanzsystem bereits vorprogrammiert sei. Ihre Grundfrage lautet, woher eigentlich die zahlungskräftige Nachfrage kommen solle, wenn die Entwicklung so weitergehe wie in den letzten Jahren. Die Länder der Europäischen Union z. B. sind in den letzten zwanzig Jahren um 50-70 % reicher geworden. Die Wirtschaft ist viel schneller gewachsen als die Bevölkerung. Trotzdem zählt die Europäische Union jetzt 20 Millionen Arbeitslose, 50 Millionen Arme und 5 Millionen Obdachlose. Was, so wird gefragt, sei mit dem zusätzlichen Reichtum geschehen? Aus den Vereinigten Staaten weiß man, daß das Wirtschaftswachstum vor allem die wohlhabendsten 10 % der Bevölkerung bereichert hat. Diese 10 % haben 96 % des zusätzlichen Reichtums erhalten. In Europa war es etwas besser. Aber um das deutsche Beispiel anzuführen: Bei uns sind die Gewinne der Unternehmen seit 1979 um 90 % gewachsen, die Löhne um 6 %. Gleichzeitig hat sich das Lohnsteueraufkommen im Laufe der letzten 10 Jahre verdoppelt. Das Körperschaftssteuer-Aufkommen hat sich halbiert. Es betrug im letzten Jahr 13 % des gesamten Steueraufkommens. 1980 waren es noch 25 %, 1960 sogar 35 %. Inzwischen schaffen wir die Körperschaftssteuer ganz ab. Sensible Beobachter der gesellschaftlichen Entwicklung sagen voraus, daß diese Politik in neue Klassenkämpfe führen wird. Der von der kommunistischen Gegenmacht befreite Kapitalismus habe alle Vorsicht abgestreift und nehme die Entwicklung vieler Gesellschaften zu Zweidrittelgesellschaften hin. Es entstehe eine immer größere pauperisierte Unterschicht, für die Perspektiven nicht erkennbar seien. Auf die Dauer müsse das zur Explosion führen. Da das Vordringen der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft unaufhaltsam ist und die moderne Telematik die Arbeit noch produktiver machen, noch mehr Arbeitsplätze abschaffen wird, sind diese Prognosen nicht völlig von der Hand zu weisen.

Ich bin kein Gegner des Freihandels, ich glaube nicht daran, daß sich eine Tobin-Tax auf Devisenspekulationen in absehbarer Zeit durchsetzen läßt, und ich räume ein, daß in manchen

europäischen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik Deutschland, der Sozialstaat da und dort reformiert, im Klartext gesprochen: abgespeckt werden muß. Wir brauchen neue Rentenformeln, die auf die veränderte Demographie reagieren. Wir brauchen steuerliche Entlastungen von Leistungsträgern der oberen Mittelschicht. Manche der Gesundheitssysteme werden in Zukunft nicht mehr so finanzierbar sein, wie sie in der Vergangenheit finanziert worden sind. Ich bin also durchaus der Ansicht, daß man auf das, was gelegentlich pauschal "Globalisierung" genannt wird, politisch reagieren muß.

Der aggressive Neoliberalismus scheint mir allerdings kein Rezept zu sein, mit dem in Europa der soziale Frieden zu garantieren wäre. Großbritannien, das uns Deutschen, aber auch den Franzosen oder Holländern immer wieder als Vorbild hingestellt wird, kommt, was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, in der EU nur auf den elften Platz. In mehr als 20 % der englischen Haushalte mit Kindern ist kein einziger Erwachsener erwerbstätig. 32 % der englischen Kinder leben in Haushalten, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. In Deutschland sind es nur 13 %, in Frankreich 12 %. Ich finde nicht, daß es erstrebenswert wäre, die französische und die deutsche Situation an die englische anzugleichen. Anders ausgedrückt: Die wichtigste politische Frage für uns Europäer ist es, ob es gelingen kann, den "Rheinischen Kapitalismus" europäischer Prägung gegen den Thatcherismus, den Neoliberalismus und Marktradikalismus amerikanischer Prägung zu bewahren. Das allerdings räume ich ein, ist eine offene Frage.

3.

Denn Europa steckt in einem beispiellosen Prozeß. Damit bin ich beim Begriff der Transformation. Die staatssozialistischen Regime des RGW bzw. des Warschauer Paktes sind in den Jahren 1989 bis 1991 implodiert. Jetzt sollen diese Gesellschaften in "normale" Gesellschaften transformiert werden, d. h., in Gesellschaften, die ebenso wie westliche Industriegesellschaften die Kennzeichen des Rechts- und Verfassungsstaates, der pluralistischen Demokratie, einer weitgehenden Marktregulierung der Ökonomie sowie der internationalen politischen, ökonomischen und militärischen Kooperation und Verflechtung aufweisen. Es geht um "normalisierende Transformation" (Claus Offe): Alle gehen davon aus, jetzt müsse und könne die durch Stalinismus und zweiten Weltkrieg verhängte "Zwangspause" im Prozeß der ökonomischen und politischen Modernisierung rasch beendet werden, und zwar durch eine Eingliederung der ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten in die westlichen Systeme Europäische Union und NATO.

Ich sage noch einmal: Das Projekt dieses Transformationsprozesses ist historisch beispiellos. Es geht hier nicht nur um die Reform der politischen Ordnung, sondern auch um die institutionelle Ordnung der Ökonomie und häufig genug auch noch um eine territoriale Neuordnung. Viele der neuen Nationalstaaten sind die Ergebnisse von Separationsprozessen. Der Bedarf an westlicher Modernisierungshilfe materieller, politischer, institutioneller und kultureller Art ist gewaltig. Kann Europa, das sich schon wegen des Globalisierungsprozesses wandeln muß, auch noch diesen Transformationsprozeß bewältigen? Um nur ein einziges von vielen Problemen herauszugreifen: In den vier Staaten, die der Aufnahme in die europäischen Institutionen am nächsten stehen, Tschechien, Polen, Slowenien, und Ungarn macht die Titularnation mehr als 92 % der Bevölkerung aus. Ich rede von der "Ethnic Composition". Staaten mit komplizierter ethnischer Zusammensetzung stehen vor dramatischen Problemen. In Bosnien sind diese Probleme explodiert. Wann explodieren sie in der Slowakei, in der der Ministerpräsident Meciar gerade die Bemerkung gemacht hat, man solle die Ungarn in der Slowakei (400.000) und die Slowaken in Ungarn nicht am Auswandern hindern. Das ist eine verdeckte Aufforderung zur Ausweisung, zur Vertreibung. Wie groß ist die Gefahr, daß sich der Nationalismus als Kompensation für wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten ölfleckartig ausbreitet?

4.

Meine Behauptung ist: Europa kann seinen "Rheinischen Kapitalismus" nicht in der alten Form bewahren. Es muß aber auch nicht den neoliberalen Weg einschlagen, den Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten begonnen haben. Wenn Europa sich zusammenrafft, könnte es zum Akteur des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Weltgeschehens werden. Die Europäische Union ist der größte Markt der Welt. Sie wäre somit in der Lage, die Regeln für den Welthandelsverkehr zu beeinflussen, mit ihren Handelspartnern langfristige regionale Verträge zu schließen und eigene Standards zu setzen. Sie wäre der Globalisierung nicht hilflos ausgeliefert. Dazu allerdings wäre es eine Vorbedingung, daß das Projekt der Europäischen Währungsunion erfolgreich abgeschlossen würde, daß aus der Währungsunion weitere politisch-institutionelle Folgerungen gezogen würden und daß erst auf dieser Basis Teile von Ostmitteleuropa

und Osteuropa schrittweise in die Europäische Union einbezogen würden. Die Frage ist, ob ein solches Programm heute noch durchsetzbar ist.

Ich weiß, ich habe mir in meinem Land den Ruf der Cassandra zugezogen. Ich erscheine vielen Leuten zu pessimistisch, zu wenig aufbauend, ermutigend, stimulierend. Das Wichtigste in der gegenwärtigen Situation sei es, "Perspektiven zu geben", sagen viele Vertreter der Regierung, aber auch manche der Opposition. Das hat zu dem geführt, was ich die Rokokosaalpolitik nenne. Man verlieh in wunderbaren Rokokosälen Karls- und Friedenspreise an Vaclav Havel, Lech Walesa und andere Repräsentanten der neuen Demokratien. Man machte große Versprechungen, von den man heute nicht mehr zurück kann. Aber man wollte die Leistungen, die zur Finanzierung dieser Versprechungen notwendig sind, auch wieder nicht aufbringen. Das Ergebnis ist, daß Europa heute um vieles schwächer ist als wir wünschen können.

Um mich selbst zu entlasten, zitiere ich, was die Diagnose des gegenwärtigen Zustands betrifft - Jack Lang, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Französischen Nationalversammlung und langjährigen Kultusminister unter Francois Mitterand. In der Zeitung "Le Monde" vom 19.08.1997 hat er einen Essay unter dem Titel "Ich werde nicht für den Vertrag von Amsterdam stimmen" publiziert. Sein Fazit: "Der in Amsterdam eingeschlagene Weg ist nicht der richtige, weder in der Idee noch in den Mitteln." Langs Urteil ist noch kritischer als meines. Er behauptet, der Vertrag von Amsterdam ebne "dem Zerfall einer mehr und mehr auseinander driftenden Europäischen Union den Weg" und leite, was noch schlimmer sei, den intellektuellen, ökonomischen und diplomatischen Niedergang Europas ein. Zum Transformationsprozeß sagt Lang wörtlich: "Um das Feuer und den Enthusiasmus wieder zu entfachen, muß man sich zunächst zur Wahrheit entschließen und mit Bestimmtheit sagen, daß wir keine Erweiterung auf neue Mitgliedsländer akzeptieren werden ohne vorausgehende Umgestaltung des derzeitigen Systems. Vorausgehend, nicht gleichzeitig, denn sonst wird man uns nur einmal mehr in letzter Minute durch den erpresserischen Hinweis auf unsere Freunde im Osten einen gerade ausreichenden und mittelmäßigen Vertragstext aufzwingen. So begänne dann der Anfang vom Ende, Triumph eines ultraliberalen Europas a la Thatcher über ein Europa der bewußten Gestaltung."

Lang steht nicht allein. Die Regierung Jospin versucht insgesamt eine neue, das Problem der Arbeitslosigkeit aufgreifende Politik. Man kann skeptisch fragen, ob der Ruf nach einem neuen "Gründungsakt", gar die Forderung nach einer Europäischen Föderation irgendeine Chance habe. Tatsache ist, Europa steht vor einer neuen, tiefgehenden und kontroversen Debatte.

5.

Ich will die Fakten ungeschminkt ansprechen. In einer Statistik der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahre 1994, für die der beste deutsche Europaexperte Werner Weidenfeld zuständig war, ist die Schätzung aufgestellt worden, daß die Osterweiterung der Europäischen Union um die vier Länder der Visegrád-Gruppe, also Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn - für die Gemeinschaft 20 Milliarden Mark pro Jahr kosten würde. Ich weiß, daß diese Schätzung von einer Einbeziehung der neuen Mitglieder in alle bisher vergemeinschafteten Bereiche der Europäischen Union ausgeht. Wenn man die Agrarpolitik reformierte, könnte man von anderen Zahlen ausgehen. Aber es wäre nicht ganz ehrlich, so zu tun, als ob diese Bereitschaft wirklich schon erkennbar wäre. Meiner Meinung nach ist die Lage folgendermaßen: Die Altmitglieder der Europäischen Union wollen ihren Besitzstand wahren. Gleichzeitig wollen die wichtigsten Nettozahler, also Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die Niederlande, ihre Beiträge verringern. Und im gleichen Atemzug sollen Beitragserhöhungen als Folge der Aufnahme neuer Mitglieder vermieden werden. Wie das alles funktionieren soll, wird bedauerlicherweise nirgends gesagt. Die potentiellen neuen Mitglieder der Europäischen Union werden über ihre Chancen und Risiken getäuscht.

Die Lage ist also weniger rosig, als wir uns in vielen mitteleuropäischen Konferenzen gegenseitig versichern. Ich drücke sie in zwei unterschiedlichen Sprachspielen aus. Im Sprachspiel der europäischen Technokraten klingt die Wahrheit folgendermaßen: "Die Union muß fähig werden, neue Mitglieder aufzunehmen, ohne daß die Stoßkraft des Integrationsprozesses darunter Schaden leidet, damit der Beitritt des letzten Kandidaten nicht das Ende der Dynamik der Integration bedeutet." Das hat der Generaldirektor für Außenbeziehungen der EU-Kommission, Burghardt, auf einer Konferenz zum Thema *Fazit Mitteleuropa* gesagt. Das zweite Sprachspiel, das ich Ihnen vorführe, stammt von Tony Judt, Professor für Europäische Studien an der New Yorker University. Er formulierte: "Weit davon entfernt, einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Nutznießern die Vorteile seines Wirtschaftswunders bieten zu können, kann Europa nicht einmal mehr sicher sein, sie sich selbst

leisten zu können. Die Ereignisse von 1989 legten diese Problem vollends offen, aber der Ursprung der Unfähigkeit der Gemeinschaft, es in Angriff zu nehmen, liegt 15 Jahre früher.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die mittelosteuropäischen Staaten zur Europäischen Wertegemeinschaft, zur europäischen Kultur und zur Tradition europäischer Demokratie gehören. Ich glaube auch, daß die Osterweiterung der Europäischen Union kommen wird. Der Prozeß mag nicht ganz so schnell gehen, wie ihn Präsident Chirac kürzlich in Polen versprochen hat. Praktiker sprechen vom Jahr 2002. Aber ein Jahr mehr oder weniger fällt bei einem historischen Prozeß dieser Art nur wenig ins Gewicht. Ich finde aber, wir sind es uns gegenseitig schuldig, die reale Situation offen anzusprechen. Und die reale Situation umfaßt die Tatsache, daß das neue größere Europa viele der Hoffnungen, die es auslöst, nicht wird erfüllen können. Im brutalen Sprachspiel, bei Tony Judt klingt das folgendermaßen: "In Westeuropa bekommt man heute desolate Satellitenstädte, verrottende Vororte und hoffnungslose Stadtghettos zu Gesicht. Sogar die großen Hauptstädte - London, Paris, Rom - sind weder so sauber, so sicher noch so vielversprechend wie vor 30 Jahren. Sie und Dutzende von Provinzstädten von Lyon bis Lübeck entwickeln eine städtische Unterschicht. Wenn das bisher noch keine explosiveren wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen gehabt hat, liegt der Grund dafür beim System des Wohlfahrtsstaates mit dem sich die Westeuropäer nach 1945 ausgestattet haben." Dies aber, füge ich hinzu, erodiert.

Nun habe ich nicht die Absicht, einfach mit den Schultern zu zucken und die europäische Zukunft als ausweglos darzustellen. Richtig ist ja: wenn uns Europa mißlänge, fielen wir in die Bedeutungslosigkeit zurück. Der europäische Kontinent würde zu einem Spielfeld rivalisierender Nationalstaaten und Nationalismen. Seine ökonomische Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, Japan und Südostasien würde zerstört. Die weltpolitische Rolle, die Europa spielen könnte, wäre noch kleiner als die, die sie schon im Bosnienkrieg gezeigt hat. Das alles würde verschärft durch soziale Kämpfe im Inneren der unterschiedlichen Staaten. Und das deutsche Problem käme dazu. Deutschland, der größte europäische Nationalstaat, geriete in sein altes Dilemma: zu klein zu sein, um Europa zu bestimmen und zu groß zu sein, um sich in Europa einzuordnen. Niemand kann ein solches Szenario auch nur dulden wollen.

Wer es aber vermeiden will, muß mehr bieten als wohlfeile Reden von der Vereinbarkeit der Erweiterung und der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft. Er muß mehr bieten als Rokokosaalreden bei deutsch-ungarischen, deutsch-tschechischen, deutsch-polnischen oder auch deutsch-kanadischen Konferenzen. Notwendig sind meiner festen Überzeugung nach vier bittere Anstrengungen:

Erstens: Wir müssen Abstand nehmen von der üblich gewordenen Doppelzüngigkeit. Neu eintretende Länder müssen sich an die Regularien anpassen, die die Europäische Union gemeinsam gefunden hat. Wenn sie nicht wollen - gut. Aber der Weg des tschechischen Premiers Václav Klaus ist ausgeschlossen. Er pflegt gelegentlich zu sagen, Tschechien dürfe in der Europäischen Union nicht aufgehen wie ein Stück Zucker in einer Tasse Kaffee. Er wolle der Union rasch beitreten; dann aber dort eine "sanfte Revolution" inszenieren. Ein England genügt uns. Wir brauchen nicht noch ein zweites Bremserhäuschen in unserer prekären Gemeinschaft.

Zweitens: Wer den europäischen Sozialstaat zerstört, wird auch Europa zerstören. Der große französische Soziologe Pierre Bourdieu hat kürzlich in einem fulminanten Essay vor dem *Modell Tietmeier* gewarnt. Diese Warnung ist ernst zu nehmen: nicht wegen der Pflege einer unnötigen Antipathie gegen den hochtütigen Neoliberalen gleichen Namens auf dem Sessel des Bundesbankpräsidenten, wohl aber in der Auseinandersetzung mit einer Politik, die immer noch nicht begriffen hat, daß die Gefahr dieser Jahre die Stagnation ist, nicht die Inflation.

Drittens: Europa wird den Europäern nur dann ein plastischer Begriff werden, wenn es mehr bietet als wirtschaftliche Vorteile. Die Zerstrittenheit der drei stärksten europäischen Nationalstaaten Frankreich, England und Deutschland in der Bosnienfrage hat zu der harschen Intervention von Bill Clintons Hausmeier Dick Holbrooke geführt. Tausende Menschen, Bosniaken, Kroaten, Serben mußten sterben, weil sich Europa zu keiner gemeinsamen Außenpolitik aufraffen konnte. Wenn dies noch ein paarmal passiert, beginnt der Zerfall Europas.

Viertens: Das allerdings bedeutet, daß das Gelingen der Währungsunion die entscheidende Weichenstellung der nächsten Jahre ist; darin ist dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl recht zu geben. Der EU-Präsident Santer hat kürzlich die deutsche Debatte über den Euro als verantwortungslos bezeichnet. Auch ihm ist zuzustimmen. Der Versuch, Landtagswahlkämpfe, ob in

Bayern oder Niedersachsen, wichtiger zu nehmen als die Grundfragen der europäischen Einigung und der Transformation, ist abwegig. DM-Nationalismus und 3,0 Fetischismus gefährden das gesamte europäische Projekt. Und niemand soll sich einbilden, daß die Lösung in einer Verschiebung der Währungsunion liegt. Wer verschiebt, zerstört das Projekt und riskiert reihenweise Abwertungen, soziales und fiskalisches Dumping und schwere internationale Spannungen.

Fünftens: Jean Monnet soll einmal gesagt haben, er würde, wenn er Europa neu beginnen könnte, beim nächsten Mal mit der Kultur anfangen. Ob er es gesagt hat oder nicht: Europa braucht ein Bild seiner selbst. Es braucht eine Diskussion über seine Ursprünge, seine Identität. Die Vielfalt ist ein Teil dieser Identität. Niemand will den Bayern, Basken oder Flamen Sprache, Geschichte, Eigenart nehmen. Die Frage ist, ob die Vielfältigen sich verbünden können. Im Zeitalter der Globalisierung wäre das die Rettung.

6.

Wenn wir uns die gewaltigen Anstrengungen zumuten, die in diesem Programm stecken, hat Europa eine Zukunft; nicht in der Form von Vereinigten Staaten von Europa, wohl aber in der Form eines engen Verbundes, der wirtschaftlich konkurrenzfähig ist und politisch handlungsfähig. Noch besteht diese Option, aber wir sollten uns nicht täuschen, daß Europa in Gefahr ist. Deswegen ist jeder Populismus unverantwortlich. Es geht nicht um die heilige D-Mark, es geht auch nicht um alle möglichen Kompetenzen des Westminsterparlaments oder die Abtreibungsregeln im katholischen Polen. Es geht um die Frage, ob die Europäer ein Museum und ein absteigender Kontinent werden oder ob sie noch eine Chance haben, in dieser Welt eine Rolle zu spielen. Wir haben eine Chance. Aber wir müssen uns gewaltig anstrengen.

Ich schließe mit der Bemerkung, daß das Programm einer Zusammenraffung Europas nicht als Aggression gegen die Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko oder die NAFTA gedacht ist. Ich räume ein: Gelegentlich erschrecken wir Europäer über manche Schachzüge der unbestrittenen Weltmacht Nummer eins. In Frankreich ist das deutlicher als in Deutschland; aber auch in Deutschland ist das Unbehagen über das allzu selbstbewußte Schalten und Walten aus Washington DC gelegentlich spürbar. Von solchen Stimmungsschwankungen abgesehen liegt es aber auch im Interesse der Vereinigten Staaten oder Kanadas, daß die Europäer nicht auseinanderfallen. Ein Deutschland, das sich schrittweise aus der Europäischen Union löste und zur Referenzmacht einiger mittelosteuropäischer Staaten würde, liegt in Niemandes Interesse. Dasselbe gilt für das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen. Seit 16 Jahren ist keine französische Regierung mehr in einer Wahl bestätigt worden. Le Pen steht vor der Tür. Er sollte vor der Tür stehen bleiben. Mein Fazit lautet also nicht, daß am europäischen Wesen die Welt genesen könne, mein Fazit lautet: Die Welt wird nicht handlungsfähiger und humaner, wenn sich Europa auseinanderdividiert. Dazu ist die Gefahr heute groß genug. Wir Europäer sollten alles tun, um diese Gefahr zu bannen. Wenn andere uns bei diesem Prozeß helfen können, dann sollten sie uns helfen.

Der Autor:

Peter Glotz, Dr. phil., O. Professor für Kommunikationswissenschaft und Rektor der Universität Erfurt. Peter Glotz war u.a. als Staatssekretär im Bundesbildungsministerium (1974/77) und als Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin (1977/81) tätig. Als Bundesgeschäftsführer der SPD (1981/87) war er 12 Jahre Senator der Max-Planck-Gesellschaft sowie Mitglied des Stiftungsrats des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Es gibt von Peter Glotz vielfältige Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 52/53 1997,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>